

Organisation und Sonderbestrebungen. Der sozialdemokratische Zentralvorstand für Groß-Berlin hat in einer Resolution u. a. erklärt:

Der Zentralvorstand verurteilt die Benutzung des Namens der Arbeiter-Bildungsschule oder anderer Parteiinstitutionen für Zusammenkünfte, die außerhalb der Organisation veranstaltet werden.

Die sozialdemokratischen Funktionäre des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises haben in ihrer letzten Kreiskonferenz als Antwort auf diese Rundgebung des Zentralvorstandes von Groß-Berlin folgenden Beschluß gefaßt:

Die Kreiskonferenz erklärt, daß sie jede Sonderorganisation verurteilt. Sie kann aber darin, daß einige Parteigenossen zusammenkommen, um sich über Maßnahmen innerhalb der Organisation zu besprechen und ihre Ansicht zur Geltung zu bringen, keine Sonderorganisation erblicken. Ebenso wenig kann von einer Sonderorganisation die Rede sein, wenn unter dem Belagerungszustand Genossen, welche mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite nicht einverstanden sind, ihre Meinung schriftlich oder mündlich den Parteigenossen zur Kenntnis bringen.

„Vorwärts“ und Reichstagsfraktion. Der Bezirkssekretär für den sozialdemokratischen Verband Nordwest, Waigand, teilt in der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“ einige Äußerungen mit, die der Reichstagsabg. Henke in einer vertraulichen Vorstandssitzung gemacht hat. Die „Bremer Bürgerzeitung“ antwortet darauf mit folgender für das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der „Vorwärts“-Redaktion bezeichnenden Mitteilung: „Genosse Waigand macht für sich offenbar eine Regel daraus, der Dessenlichkeit mitzuteilen, was in den Vorstandssitzungen gesagt worden ist. Wenn ihm der Vorstand dafür nicht auf die Finger klopft, so ist das ja zunächst dessen Sache; indes: als der Genosse Ströbel vom „Vorwärts“ kürzlich ein Gleiches in Sachen der Reichstagsfraktion tat, beschloß der Fraktionsvorstand, ihn künftig zu den Fraktionsitzungen nicht mehr zuzulassen.“

Die Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei hat eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: „Die Landesversammlung sieht sich genötigt, jener Gruppe von Genossen, die seit Kriegsausbruch die Haltung und die Maßnahmen der Partei herabsetzt und verdächtigt und planmäßig und mit nicht immer einwandfreien Mitteln zu durchkreuzen sucht, den ernsthaftesten Tadel auszusprechen. Die Landesversammlung erwartet daher von allen Genossen, daß sie diesen unheilvollen Treiben rücksichtslos entgegenreten.“